

Die Ihre-
ebmen: Man spricht
in Schramberg
nd Werk Jungbun-
en.

Mit dem Jahres-
demarkt eingetreten.
re Kurze. Die For-
waren infolge Klei-
lust war besser. Es
30 (am 4. 1.: 21.75
19.50), Futtergerste
(21-22), Hafer 14
zu 5.50-6.50 (unv.),
Zinnblei 37.25-37.75
90), Mele 8.25 bis

Stand. Info 7.59,
1.05, Tendenz ruhig.

10-17. — Crails-
— Gingen a. Br.:
Güdingen: Wäh-
gen: Rüdichsweine 14
tel 12-19. — Ger-
— 120. — Hohen-
schweine 9-15. —
en: Käufer 20-40.
en: 9-15, Käufer 25.
ngen: Rüdichsweine
— 73, Käufer 19. M.
28. — Ravensburg:
tel 12-17. — Wm:

Gerste 8.50-9.20,
10.70-11. Roggen
eigen 11.80-13.50,
— — — — —
— — — — —
Hafer 6.50-8. —
10.30-10.60, Gerste
eigen 12-14, Gerste
Belen 9-9.20, Wei-
25, Hafer 7.90 bis
0-10.20, Gerste 9,
Häfer 9, Gerste 8.50
— 12, Erbsen 9-10,
rste 8.50-9, Hafer
oggen 10.20-10.60,

er verlehrt. Das
macht sich praktisch
egen Güter von der
e Woche weitere 15

er den Einfluss einer
die Mittwoch und
a Weiter zu ver-

Entlungen 20.

men
brauben,
ablonen,
aquetten
fen
Knodel

Benoffenschaft

hl
zum billigsten Lo-
ung. 58
Weizen sind wir in
liefern; solches ist
we. in Nagold zu

he 400 Mark
nehmen bei doppel-
Pfund und guter
heit. Rückzahlung
ten. Vermittler ver-
Schriftl. Angebote
Nr. 62 an die Ge-
stelle des Blattes.

nen elektr. 64

utapparat
er ein Mal gebraucht
500 Eier mit oder
ne Glucke
kauf oder tauscht
gen Jungvieh.
agt die Geschäfts-
d. Bl.

Der Gefellschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertunden“
„Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschl. Träger-
lohn M. 1.50; Einzelnummer 10 Pfennig.
Erscheint an jedem Werktag • Verbreitete
Zeitung im Oberamtsbezirk • Schrift-
leitung, Druck und Verlag von G. B. Zaiser
(Inh. Karl Zaiser) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage:
„Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Morgens-Zeile oder
deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J.
Reklameweile 60 J., Sammel-Anzeigen 50%
Rücklass • Für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Adress-
Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegr.-Adresse: Gefellschaffter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 5118

Nr. 9

Gegründet 1827

Mittwoch, den 13. Januar 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Entscheidung der Präsidentenfrage

Antwort Hugenburgs an den Reichszkanzler

Berlin, 12. Jan. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenburg, hat dem Reichszkanzler folgendes Schreiben übermittelt:

Sehr geehrter Herr Reichszkanzler!

Sie legen mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls von Hindenburg, stelle. Sie, Herr Reichszkanzler, können diese Frage nicht aufgestellt haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei sicher gewesen wären. Es sind dies die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalt dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst keine Wahl angeregt und durchgeführt haben. Sie begründen Ihr Vorhaben mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität“ der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die jähre Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volks steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauensumgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands gerade durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt wird, deren Vergangenheit es Ihr ersichert, dem veränderten Willen des deutschen Volks dem Ausland gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichszkanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Weg der Beschlußfassung des Parlamentes. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volk aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt um so weniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hinzuziehung in parlamentarische und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volk genießt. Viele Tatsachen sind durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauensumgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten, als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorhabens für uns nicht in Frage kommen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener gen. Hugenburg.

Die Antwort Hitlers

Abtluß der Aktion des Reichszkanzlers

Berlin, 12. Jan. Adolf Hitler hat keine Antwort auf die Frage wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten in Form einer längeren Denkschrift unmittelbar dem Reichspräsidenten, nicht dem Reichszkanzler, übermittelt. Sie enthält eine ausführliche Darlegung der verfassungsrechtlichen Bedenken, die einer Lösung auf parlamentarischen Wege entgegenstehen. Ein glattes Nein enthält die Antwort nicht; auch die Nationalsozialisten würden sich einer Volkswahl auf breiter Grundlage nicht entgegenstellen.

Der Reichspräsident hat den Reichszkanzler nunmehr gebeten, von weiteren Verhandlungen abzusehen. Damit ist die Aktion Dr. Brüning's nunmehr abgeschlossen. Von welcher Seite her der Faden jetzt weitergesponnen wird, muß man abwarten. Man rechnet jedoch damit, daß es nun zu der Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis kommen werde. Eine entsprechende Fühlungnahme mit den Parteien wird demnächst erfolgen.

Was nun?

Die von dem Reichszkanzler Dr. Brüning gewünschte Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag ist unmöglich geworden, denn um eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag herzustellen, wären mindestens 40 von den 152 Stimmen der Rechtsopposition erforderlich. Damit ist der erste Abschnitt der Präsidentenfrage beendet. Nunmehr steht die Frage im Vordergrund, ob und wie es möglich sein wird, die Wiederwahl durch das Volk durchzuführen. Für den Fall, daß die Kandidatur Hindenburgs in geeigneter Form wieder aufgestellt wird, werden die Oppositionsparteien für Hindenburg stimmen. Ob daran gewisse Bedingungen, Kursänderung der bisherigen Politik, Kabinettsumbildung und ähnliches, geknüpft werden, ist

nach nicht bekannt. Hindenburg selbst hat den Wunsch ausgesprochen, daß er gegebenenfalls von der freien Entscheidung des ganzen Volks gewählt zu werden wünsche.

Die Sozialdemokratische Partei wird wohl auch bei einer Volkswahl der Kandidatur Hindenburg keine Gegenkandidatur entgegenstellen, etwa in der Person des preußischen Ministerpräsidenten Braun, zumal dieser erklärt habe, er werde nicht gegen Hindenburg kandidieren.

Der Reichszkanzler hat heute die vorzeitige Einberufung des Reichstags abgelehnt; sie wäre auch zwecklos gewesen, nachdem die parlamentarische Lösung abgelehnt war. Man wird nun Klarheit schaffen müssen, wer die Kandidatur Hindenburg aufstellen soll und in welchen Formen dies zu geschehen hat. Gerade die Form der Aufstellung kann dafür entscheidend sein, ob die etwaige Wiederwahl ohne Schwierigkeiten und Verstimmungen durchgeführt werden kann.

Wenn der Reichstag, wie anzunehmen ist, am 23. Februar zusammentritt, so wird er voraussichtlich eine Vorlage der Reichsregierung vorfinden, in der entsprechend der Befassung die Termine für die beiden Wahlgänge festgesetzt werden.

Die Antwort der nationalen Opposition

Preßbestimmen

Berlin, 12. Jan. Die dem Reichszkanzler nahestehende „Germania“ schreibt, wenn die Führer der Opposition gegen den Vorschlag Brüning's, die Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag verlängern zu lassen, verfassungsrechtliche Bedenken geltend machen, so sei dies nicht itischaltig. Die Verfassung schreibe allerdings die Wahl des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung vor, aber die Bemühungen des Reichszkanzlers, eine parlamentarische Grundlage zu schaffen, seien gerade darauf hinausgelaufen, eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu schaffen, die nicht gegen die Verfassung verstöße. Jedenfalls werde auch die Volkswahl unter der einheitlichen Parole „Hindenburg“ dem deutschen Volk die Gelegenheit bieten, vor aller Welt zu zeigen, daß es über alle Meinungsverschiedenheiten hinaus gerade in dieser Frage nur einen deutschen Willen habe.

Die „Voss. Ztg.“ und das „Berl. Tageblatt“ leben in der Ablehnung des Brüning'schen Vorschlags eine parteipolitische Maßnahme, die gegen Hindenburg ihre Spitze habe. — Der „Vorwärts“ nennt Hugenburg und Hitler „Hindenburgs-Argüher“ als „Hindenburg“ und „republikanischer“ als die Republik.

Neueste Nachrichten

Das Echo der Reichszkanzlerklärung

Berlin, 12. Jan. Angesichts der Tatsache, daß in der französischen Presse die Erörterungen zu der Erklärung des Reichszkanzlers über die deutsche Zahlungsunfähigkeit unter völlig falschen Voraussetzungen geführt werden, wird von unterrichteter Seite erneut betont, daß die Erklärung des Kanzlers in keiner Weise als eine eindeutige Aufkündigung der Verträge im Sinn der seinerzeit in den Haager Verhandlungen erwähnten „Zerreißung des Youngplans“ aufzufassen ist. Die Äußerungen des Reichszkanzlers hatten lediglich den Zweck, die Weltöffentlichkeit über den Standpunkt zu unterrichten, den Deutschland bei den Verhandlungen in Lausanne einnehmen wird, ebenso wie auch der französische Ministerpräsident den Standpunkt Frankreichs vor der Welt dargelegt hat.

In einem Teil der französischen Presse wird versucht, den Baseler Bericht in unzulässiger Weise auszuweiten. Wenn beispielsweise der „Matin“ bei Besprechung der Raratoriumsfrage sagt, der französische Standpunkt eines einjährigen Zahlungsausschubs stütze sich auf das Baseler Gutachten, so besteht für diese Behauptung auch nicht der geringste stichhaltige Grund. Im Gegenteil lehnt das Baseler Gutachten ausdrücklich ab, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Weltwirtschaftskrise überwunden sein wird.

Neue „Investigationen“?

Berlin, 12. Jan. Unter der Überschrift „Investigation“? nimmt Oberpräsident Roske-Hannover in der „B.Z.“ am Mittwoch zu der von einem französischen Journalisten im Genf verbreiteten Meldung Stellung, daß in französischen Kreisen die Absicht bestehe, auf der kommenden Abrüstungskonferenz den Antrag auf Unteruchung des tatsächlichen Stands der deutschen Rüstungen vorzunehmen. Eine solche „Investigation“, führt Roske aus, wäre der Ausbruch vor Wahnsinn mit tödlicher Wirkung. Tödtlich in erster Reihe für den Völkerbund, der noch gar nicht recht zum Leben gelangt sei. Unter Hinweis darauf, daß Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten der deutschen militärischen Macht gewaltig an Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft überlegen sind, stellt Roske fest: Ueber die deutschen Rüstungen gibt es keine Feststellungen mehr.

Tagespiegel

Der Reichszkanzler hat den kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Dafür stimmten die Unkrautblätter, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen (229 Stimmen). Das Landvolk unterläßt die Deutschnationalen Antrag: Einberufung des Reichstags zur Beratung der außenpolitischen und Reparationsfragen. Das Landvolk machte jedoch zur Bedingung, daß die Reichstagsitzung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Rundgebung benützt werde. Dieses Verprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu erlangen.

Laual hatte am Dienstag eine „freundschaftliche“ Auseinandersetzung mit Briand. Ueber das Ergebnis ist noch nichts mitgeteilt worden.

taner“. Die Sozialdemokratie müsse jetzt vermeiden, sich überteilt in der Kandidatenfrage festzulegen.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ glaubt zu wissen, daß die Antwort der nationalen Opposition nicht an Brüning, sondern an den Reichspräsidenten gerichtet sei. Es sei höchste Zeit, daß die Frage der Präsidentenwahl vor weiteren abgeschmackten parteipolitischen Auseinandersetzungen bewahrt werde. Die „Börsezeitung“ ist befriedigt, daß Hugenburg und Hitler nicht wieder Brüning in die Falle gegangen seien. Jedenfalls habe Brüning einen schweren politischen Mißerfolg zu verzeichnen. — Der „Tag“ sagt, für die nationale Opposition wäre es unmöglich gewesen, in einer so wichtigen Frage eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen und damit obendrein eine Vertrauensumgebung für die Politik des Reichszkanzlers zu verbinden. Denn darauf wäre praktisch die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag hinausgelaufen.

Der „Völkische Beobachter“ zu dem Beschluß Hugenburgs und Hitlers

München, 12. Jan. Der „Völkische Beobachter“ schreibt: Die überraschende Hinzuziehung der Person des Feldmarschalls v. Hindenburg in die innerpolitische Atmosphäre habe einen ungünstigen Eindruck gemacht. Mit gutem Grund hat der „Völkische Beobachter“ während der Verhandlungen völlig zurückgehalten, und tut es auch heute noch. Lediglich derjenigen Presse gegenüber, die jetzt aus agitatorischen Gründen Lärm schlägt, muß gesagt werden, daß die Verantwortung für den Mißerfolg des Unternehmens von seinen Urheberern selber zu tragen ist. Deren Sache ist es, nun die Schlussfolgerung aus ihrer Niederlage zu ziehen.

Deutschland habe nicht einmal das ausgesagt, was ihm nach dem Baseler Diktat zu tun möglich war. Es folle innerhalb des deutschen Volks keinen Streit darüber geben, daß alles ausgeschöpft sei, was Deutschland nach Versailles an Rüstungsmöglichkeiten blieb, solange die Abrüstung der Nachbarn nicht erfolgt.

Eine Unteruchung (Investigation) des deutschen Rüstungsstands auf Grund eines Beschlusses des Völkerbunds werde nicht erfolgen. Die französische Regierung habe bereits erklärt, daß sie nicht beabsichtige, einen solchen Antrag zu stellen. Trotz des Artikels 213 des Baseler Diktats würde ein derartiger Beschluß auch in Zukunft nicht ausführbar sein, es sei denn, daß der Völkerbund die militärische Befehung Deutschlands beschließt. Denn mit Zustimmung einer deutschen Regierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt wäre, käme eine fremde militärische Unteruchungskommission nicht einmal auf deutschen Boden. Mit Recht erschlagen wie ein räudiger Hund würde der deutsche Staatsmann, der sich mit einer neuen Unteruchung der deutschen Rüstungen abfinden wollte. Es gebe nichts zu untersuchen. Wer von der Unteruchung des tatsächlichen Stands der deutschen Rüstungen spricht, will die Feststellung vor aller Welt verhehlen, daß die „Siegerstaaten“ bisher ihre im Baseler Vertrag und im Artikel 8 der Völkerbundsjahung übernommene Verpflichtung zur eigenen Abrüstung nicht gehalten haben.

Italiens Haltung in Lausanne

„Schluß mit der Kriegsbuchführung!“

Rom, 12. Jan. „Messagero“ schreibt, auf den Geist der Worte, die Mussolini seinerzeit in Neapel gesprochen habe, seien die Richtlinien eingestellt, die Italien in Lausanne verfolgen werde. Man müsse der Wirklichkeit in vollem Tageslicht ins Gesicht sehen. Die Konferenz werde freilich nicht unter leichten Voraussetzungen zusammentreten. Der immer fester werdenden Haltung Deutschlands steht die Halsstarrigkeit Frankreichs gegenüber.

Der Mailänder „Popolo d'Italia“ schreibt: Mussolini hat in Neapel gesagt, mit der tragischen Buchführung des Kriegs müsse Schluß gemacht werden. Die Lausanner Konferenz muß den Schlußstrich mit dem Schwamm auslöschen. Die Schlussfolgerungen des Baseler Ausschusses erheischen eine radikale Lösung und lassen Zwischenlösungen als nicht rarum erscheinen. Die Welt hat Deutschland niemals den guten Willen gehabt, den Kriegskrieg zu entscheiden, in dessen hat es bedeutende Summen gezahlt. Jetzt ist es aber außerstande, zu zahlen. Man gibt sich Wahnebildern hin, wenn



man glaubt, daß darin eine Aenderung eintreten werde. Die Weltreise lohnt niemanden, nicht einmal diejenigen, die sich durch Anhäufung von Geld zu reifen glauben. Damit meinen wir Frankreich. Ein weiterer Vorgang macht die Reparationslast ebenfalls unerträglich: Infolge des gegenwärtigen Preissturzes werden doppelte Arbeit, doppelte Warenmengen und doppelte Leistungen notwendig, um die gleiche Menge von Schulden zu bezahlen, die in Goldwährung berechnet würden.

Die französischen Minister stellen ihre Portefeuilles zur Verfügung

Paris, 12. Jan. Ueber den heutigen Kabinettsrat gab Ministerpräsident Laval folgende amtliche Mitteilung aus: Der Ministerpräsident hat seine Kollegen über die Lage unterrichtet und seinem Willen Ausdruck gegeben, am Vorabend der wichtigen internationalen Konferenzen sämtliche Regierungsparteien an der Leitung der Geschäfte zu beteiligen. Der Kabinettsrat stimmte einstimmig zu. Am dem Ministerpräsidenten volle Handlungsfreiheit zu verschaffen, haben die Minister und Staatssekretäre ihm ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

Keine englisch-französische Einigung

Paris, 12. Jan. Halbamtlich wird zugegeben, daß in den Vorverhandlungen der französischen und englischen Sachverständigen über die Reparationen immer noch keine Einigung erzielt sei. Der Engländer Leith-Ross ist für eine allgemeine Schuldenerleichterung oder mindestens für einen fünfjährigen Zahlungsausschub, die Franzosen wollen einen solchen nur für ein oder höchstens zwei Jahre bewilligen, außerdem will Frankreich nicht auf die jährlich 600 Millionen Reichsbahnobligationen verzichten, deren Verpfändung die Deutsche Reichsbahn bald in den Besitz Frankreichs bringen würde.

Japanische Schlappe bei Hsinlintun

Tokio, 12. Jan. In der Nähe von Hsinlintun entwickelte sich gestern ein Gefecht zwischen 5000 (!) chinesischen „Banditen“ für Japan (sowen die Chinesen nur „Banditen“ zu sein) und einer Kompanie (?) Japaner. Die Japaner verloren an Toten 4 Offiziere und 30 Mann, unverwundet blieb keiner. Ein japanischer Panzerzug, der den in Bedrängnis geratenen Truppen zu Hilfe eilte, entging leicht bei Hsinlintun und wurde um, weil das Gleis von den „Banditen“ zerstört worden war. Die Japaner haben Hsinlintun wieder besetzt.

Württemberg

Stuttgart, 12. Januar.

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung. Die heutige Nummer des Staatsanzeigers enthält die 21 Paragraphen umfassenden württembergischen Ausführungsbestimmungen zur Durchführung der Reichspensionsförmung und der 3. Reichsgebaltförmung sowie der 4. Notverordnung des württembergischen Staatsministeriums. II. a. wird bestimmt, daß zur Genehmigung des Wohnortes oder Bauortes Aufenthalt im Ausland bei den Beamten im Bortestand je ihr Ministerium, bei den Schulpolizeibeamten des Innenministeriums zuständig ist. Der Aufstieg in den Dienstaltersstufen regelt sich vom 1. Januar 1932 ab wieder nach dem bis 30. September 1931 maßgebend gewesenen Besoldungs- oder Anwärterdienstalter.

Aufnahme von Schülern in die höheren Handelsschulen. Nach einer Verordnung der Ministerialabteilung für die Hochschulen werden in die Vorklasse der höheren Handelsschule Schüler auf Grund einer Aufnahmeprüfung aufgenommen, bei der das Lehrziel des 7. Schuljahrs einer ausgeübten Volksschule vorausgesetzt wird. In die erste Klasse der Mittelstufe werden ohne Prüfung Schüler aufgenommen, welche die Vorklasse einer höheren Handelsschule oder die 4. Klasse einer höheren Schule oder einer ausgebauten Mittelschule erfolgreich durchlaufen haben. In die 1. Klasse der Oberstufe der höheren Handelsschule werden Schüler, die im Besitz des Zeugnisses der mittleren Reife sind, auf Grund dieses Zeugnisses aufgenommen.

Schulfeiern zum Andenken an Goethe und Handa. Am 22. März 1932 sind 100 Jahre vergangen, seit Johann Wolfgang Goethe gestorben ist, und am 31. März 1932 feiert sich zum 200. Mal der Geburtsstag Josef Handa's. Nach einem Erlaß des Kultministeriums werden die Vorstände aller Schulen ersucht, dafür zu sorgen, daß im Unterricht aller Klassen der Bedeutung und Stellung dieser Männer im deutschen Geistesleben und in der deutschen Kultur in geeigneter Weise gedacht wird. Es ist den Schulen freigestellt, besondere Feiern, etwa in Verbindung mit Schulschulfeiern, zu veranstalten.

Vereinbarung der Länder über die einjährige Frauenschule. Die Länder haben folgende Vereinbarung über die einjährige Frauenschule getroffen: Die einjährige Frauenschule ist, selbständig oder als Aufbau auf die sechsklassige höhere Mädchenschule (Gymnasium, Mädchenrealschule), eine allgemein bildende höhere Schule. Für den Eintritt ist das an einer allgemein bildenden Schule erlangte Zeugnis der mittleren Reife oder die Ablegung einer entsprechenden Prüfung erforderlich. Die Frauenschule gibt in enger Verbindung von wissenschaftlicher und praktischer Bildung eine Einführung in die besonderen Aufgaben der Frau in Familie und Volksgemeinschaft. Frauenschulen in diesem Sinn sind in Württemberg die nach dem Lehrplan für den Unterricht an der Frauenschulkasse der Mädchenrealschule eingerichteten Frauenschulen. Die Schulzeugnisse der Frauenschulen werden von den an dieser Vereinbarung beteiligten Ländern gegenseitig anerkannt.

Vornahme wissenschaftlicher Versuche an Menschen. Nach einem Erlaß des Innen- und des Kultministeriums werden die vom Reichsminister des Innern nach Anhörung des Reichsgesundheitsrats aufgestellten Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche an Menschen hiemit für Württemberg eingeföhrt. Das Akademische Rektorat Tübingen, das Polizeipräsidium Stuttgart und die Oberämter haben dafür Sorge zu tragen, daß alle in Anstalten der geschlossenen und offenen Krankenbehandlung oder Krankenfürsorge tätigen Aerzte und Zahnärzte unter Beachtung der Richtlinien auf die Beachtung dieser Richtlinien verpflichtet werden. In den Richtlinien heißt es: Die ärztliche Wissenschaft kann wissenschaftliche Versuche an Menschen als solche nicht völlig entbehren, da sonst Fortschritte in der Erkennung, der Heilung und der Verhütung von Erkrankungen gebremst oder sogar ausgeschlossen würden. Jede neuartige Heilbehandlung

muß in ihrer Begründung und ihrer Durchführung mit den Grundförmen der ärztlichen Ethik und den Regeln der ärztlichen Kunst und Wissenschaft im Einklang stehen. Eine neuartige Heilbehandlung darf nur vorgenommen werden, wenn sie vorher, soweit möglich, im Tierversuch geprüft worden ist. Sie darf ferner nur vorgenommen werden, nachdem die betreffende Person oder ihr gesetzlicher Vertreter auf Grund einer vorangegangenen zweifelsfreienden Belehrung sich in unzweideutiger Weise mit der Vornahme einverstanden erklärt hat. Die ärztliche Ethik verwirft jede Ausnutzung der sozialen Notlage für die Vornahme einer neuartigen Heilbehandlung. Bei neuartiger Heilbehandlung mit lebenden Mikroorganismen, insbesondere mit lebenden Krankheitsserien (z. B. Choleraerregern), ist erhöhte Vorsicht geboten.

Ankündigung von Winterportförmungen durch eine gelbe Flagge auf dem Bahnhöfmurm. Die Ausführung von Winterportförmungen wird künftig auch durch eine gelbe Flagge auf dem Bahnhöfmurm in Stuttgart angekündigt. Die Flagge wird tags zuvor (also in der Regel Samstag) etwa um 12 Uhr aufgezoen und bleibt auf dem Turm bis der letzte Winterportförmzug (Sonntag früh) in Stuttgart-Hbf. abgefahren ist. Wenn auf die Ausführung der Förmung wegen Witterungsumschlags oder aus einem anderen Grund nachträglich verzichtet werden muß, wird die Flagge sofort eingezogen.

Württ. Landestheater-Ausblick. Am Freitag, 15. Januar, findet die Eröffnungsförmung von Hans Rothmanns Kampffliegerstück „Flieger“ statt, das soeben in Wiesbaden bei seiner Uraufförmung einen starken Erfolg davontrug. — Es folgt ein Goethe-Lustspiel, der „Die Laune des Verliebten“, „Die Milchmädchen“ und „Die Geschwister“ umfaßt und einen Teil des Goethe-Inklus bilden soll, den die Württ. Landestheater zum 100. Todestag des Dichters bringen. Die Oper bereitet für 30. Januar die Eröffnungsförmung von Hans Pfitzners neuer Oper „Das Herz“ vor.

Todesfall. Im Alter von 59 Jahren ist gestern nacht der städt. Baupolizeidirektor Emil Lohr gestorben. Er hatte sich bei dem Brand des Alten Schlosses eine Erkältung geholt, die ihn ans Krankenlager warf. Dadurch kam eine Lungenerkrankung, an der er schon lange litt, erneut zum Ausbruch und setzte einem Leben ein Ende.

Vertreter der Gewerkschaften beim Oberbürgermeister. — **Ermähnung der Straßenschlichter.** Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, des Abunds sowie des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds trugen gestern Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager die Auffassung der Gewerkschaften zur Preisförmungsaktion vor. Sie wiesen darauf hin, daß nur bei einer erheblichen Preisförmung Aussicht vorhanden sei, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter aufrecht zu erhalten. Vor allen Dingen müsse die Stadt selbst mit gutem Beispiel vorangehen. In seiner Antwort ging laut „Schwäb. Tagwacht“ der Oberbürgermeister auf die Herabförmung der Preise für Gas und Elektrizität ein. Der Aufsichtsrat der Straßendahn habe zu der Senkung der Verkehrspreise am vergangenen Samstag Stellung genommen. Schon mit Beginn der nächsten Woche würde eine Herabförmung der Tarife für Wochenkarten erfolgen. Auch die Monatskarten sollen ab 1. Februar ermäßigt werden. Eine endgültige Klarheit über diese Ermäßigung könne aber erst dann gegeben werden, wenn der Reichskommissar für Preisüberwachung und der Reichsfinanzminister der Stuttgarter Straßendahn die Beförderungsförmung erlasse. Der Preis für den Einzelscheine von 15 Pfennig könne nicht gesenkt werden, da auch hier bezüglich der Billigkeit Stuttgart an erster Stelle stehen würde. Doch solle dieser Einzelschein statt für drei für vier Teilscheine gelten. Ferner sei geplant, Fahrscheine für lieben Fahrten zum Preis von 90 Pfennig auszugeben. Eine weitere Herabförmung der Reubaumieten sei nur möglich, wenn die Württ. Wohnungskreditanstalt eine Herabförmung ihrer Hypothekenzinsen vornehme. Bürgermeister Dr. Dollinger führte bezüglich des Milchpreises aus, daß die Milchförmung in gemeinnütziger Weise arbeite und keinen Gewinn erziele. Der Milchpreis würde daher den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Auch das Handwerk müsse sich darüber klar sein, daß die Stadterwaltung in Zusammenarbeit mit allen übrigen zuständigen Behörden ihre ganze Kraft einsetzen würde, um eine spürbare Preisförmung zu erreichen.

Inmer noch Brandherde im Alten Schloß. Im Lauf des Dienstag vormittag entstieg dem nordöstlichen Turm im Alten Schloß wieder starke Rauchwolken. Da die Brandwache, nachdem sich in den letzten fünf Tagen nichts mehr ein Brandherd gezeigt hatte, gestern zurückgezogen worden war, erschien alsbald ein Löschzug der Feuerwache 2 unter der Leitung von Brandoberingenieur Hammerstein an der Brandstelle. Zuerst versuchte die Löschmannschaft vom Karisplatz aus über die Straße an den Turm heranzukommen. Dann wurde von der Planie aus eine Schlauchleitung in den Turm hineingeföhrt. Die Löschmannschaft drang dann über den Reisaufgang und das Trümmersfeld des ausgebrannten Oflzuges in den Turm vor. Das erneut ausgebrochene Feuer war bis Mittag gelöscht. Vorchtischüber wurde jedoch noch eine Brandwache an der Brandstätte zurückgelassen. Das Feuer sah im Deckengebälk, wo es seither weiterglöhete und leht nach den letzten trockenen Tagen zum Durchbruch kam. Im übrigen hat sich an der Brandstätte nichts Wesentliches geändert. Eine im Untergeschoß des in sich zusammengefallenen Oflzuges gelegene Wohnung, an die bis jetzt wegen der drohenden Einsturzgefahr nicht herangegangen werden konnte, wird jetzt geräumt. Der gesamte Hausrat hat jedoch unter der Einwirkung des Wassers so sehr gelitten, daß nur noch wenig wieder verwendet werden kann. Auch die bei dem Einsturz gegenüber der Markthalle verfallene Östlinger Notordreileiter wurde inzwischen freigelegt. Sie ist jedoch so stark beschädigt, daß eine Wiederherstellung wohl kaum in Frage kommt.

Krankheitsstatistik. In der 52. Jahreswoche vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 29 (tödtlich —); Kindbettfieber 4 (—); Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs sowie anderer Organe 7 (24); Milzbrand 1 (—); Scharlach 26 (1).

Eine Entschlicung der württ. Kriegsblinden. In der am Sonntag im Parkrestaurant Silberberg abgehaltenen, äußerst zahlreich besuchten Versammlung der württ. Kriegsblinden wurde einstimmig eine Entschlicung angenommen, in der gegen die Rentenförmungen in der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 Einspruch erhoben und von der Regierung geföhrt wird, daß sie die Kriegsblinden wieder in ihre früheren Rechte einsetzt. Die Kriegsblinden Invaliden-

rentenempfänger haben vor dem Krieg ihre Marken für die Invalidenversicherung vorrichtsmäßig gekauft und demnach einen Rechtsanspruch auf Rückförmung. Schon deshalb ist die Streichung der Invalidenrente bei Kriegsblinden als unbedingt rechtswidrig zu bezeichnen. Der Kriegsblinde muß unter allen Umständen, soweit er entsprechende Marken gekauft hat, seine Invalidenrente wieder bekommen.

Landestagung der Volksrecht-Partei. Die Landestagung der Volksrecht-Partei am 9. und 10. Januar war aus allen Teilen des Lands und auch aus Baden sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Bauer, erstattete die beiden Hauptreferate. Die Volksrecht-Partei fordert die völlige Befreiung der Reparationslasten. Sie protestiert mit größter Schärfe gegen die Notverordnungspolitik. Obersekretär Lau erstattete ein weiteres Referat über Notverordnungspolitik und Aufwertungsfrage. Landtagsabg. Hagel sprach über die Hauszinssteuerfrage. Zur Landtagswahl wurde folgender Beschluß geföhrt: Die Landestagung beschließt, daß die Volksrecht-Partei den Landtagswahlkampf mit größter Energie durchföhrt und beauftragt den Vorstand mit den weiteren Vorbereitungen und Verhandlungen.

Die Organisation der Neuhausbewörmter hat durch rege Werbetätigkeit im ganzen Land Fuß geföhrt. In etwa 45 Oberamtsstädten sind Vertrauensleute bestellt, die der Weiterausbreitung der Organisation dienen sollen. In 15 Städten könnten Ortsgruppen gegründet werden, die etwa 1000 Mitglieder stark sind. Am 7. Februar findet die erste Landeskongress in Stuttgart statt.

Drei Monate Gefängnis für Reichstagsabg. Schläffer. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schläffer von Stuttgart wurde am 9. November vom Schnellgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 7. November bei der kommunistischen Revolutionsfeier das Redeverbot des Polizeipräsidenten übertreten hatte. Die Berufungsberhandlung vor dem Landgericht endigte gestern mit der Verurteilung der Berufung. Es bleibt somit bei der Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Vom Tage. Eine 75 J. a. Frau wurde gestern in der Königstraße von einem Radfahrer angefahren und zu Boden gemorfen. Sie trug eine Kopfverletzung davon, so daß ihre Ueberförmung nach dem Karbarnenbospital notwendig war. — Beim Besteigen eines Straßenhäufwagens während der Fahrt kam in der Königstraße eine 63 J. a. Frau zu Fall. Sie zog sich einen Bruch der rechten Hand und Schürfungen zu. — In einem Haus der Remminger Straße in Cannstatt wurde ein 51 J. a. Mann tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Gasvergiftung vor.

Aus dem Lande

Balingen, 12. Jan. Zu Tode gestürzt. Auf tragische Weise ist in der Nacht zum Sonntag der 21. J. a. Sohn Max des Wagnermeisters Albert Wagner hier im Haus seiner Eltern ums Leben gekommen. Als die Mutter des Berunglückten am Sonntag früh in die Scheune ging, fand sie ihren Sohn auf dem Tenneboden halb angekleidet in seinem Blut liegend tot vor. Der junge Mann dürfte in der Dunkelheit beim Aufsuchen der Toilette an die Brüstung des danebenliegenden Heuauflags gestoßen sein. Er hat dann wohl das Gleichgewicht verloren und ist in die Tiefe gestürzt. Der erlittene doppelte Schädelbruch hat nach dem ärztlichen Befund den sofortigen Tod zur Folge gehabt.

Ömünd, 12. Jan. Jubiläum. Gestern waren es 25 Jahre, daß Stadtbaurat Friedrich Ege, der Leiter des Tiefbauamts, im Dienst der Stadt Ömünd tätig ist. Gemeinderat und Stadterwaltung ehrten den Jubilar durch Ueberreichung einer goldenen Uhr.

Marlach OÄ. Künzelsau, 12. Jan. Fuhrwert in der Jagst. Als am Samstag vormittag das Jögle der Jagsttalbahn talaufwärts fuhr, waren die Insassen Zeuge eines schweren Unfalls. Ein junger Bauer aus der badi-schen Gemeinde Commersdorf wollte nach Marlach Getreide in die Mühle fahren. Als er mit seinem jungen Pferd das Jögle kommen sah, stieg er vom Wagen und führte das Pferd am Halfter. Doch das Pferd scheute und rannte auf das Jögle zu. Der junge Mann ließ das ganze Geföhrt einschleichen des Fuhrmanns in den Fluten der Jagst verschwinden. Einige hundert Meter weit sah man Fuhrmann und Geföhrt immer wieder auftauchen. Das Jögle hielt und Hefler sprangen herbei, konnten aber bei den hochgehenden Fluten nichts leisten. Als Rot an Mann ging, ließ der Fuhrmann sein Pferd los und schwamm ans Ufer und Pferd und Wagen verschwanden. Der junge Fuhrmann erlitt auf dem Rücken von den Hufen des Pferdes ziemliche Verletzungen. Im Lauf des Tages konnte das tote Pferd, ein Teil des Wagens und einige Fruchtsäcke geborgen werden.

Mühlacker, 12. Jan. Brand. Gestern nachmittag brach in dem Anwesen des Landwirts Schlog Feuer aus. Die Weckerlinie der Feuerwehr rettete das bedrohte Nachbarhaus. Die Scheuer, in der das Feuer ausbrach, ist ausgebrannt. Stark beschädigt ist der Dachstuhl des Wohnhauses.

Keutlingen, 12. Jan. Zwei falsche Kriminalbeamte. Einige Tage vor Weihnachten stellten sich zwei hiesige junge Männer in der Wohnung einer alleinlebenden Frau als „Beamte der Kriminalpolizei“ vor, angeblich, um irgend einen „Fall“, den sie zusammenkonstruiert hatten, zu untersuchen. In einem raffiniert ausgedachten Manöver gelang es ihnen, die Frau derart in ihre Hände zu bekommen, daß sie in ihrer Angst den beiden Beamten insgesamt die Summe von 8300 RM. ausbändigte. Wohl ist es den eifrigen Bemühungen der Kriminalpolizei gelungen, die beiden Täter festzunehmen, doch fand man bei ihnen von der Summe keinen Pfennig mehr. Bei ihrer Vernehmung erklärten sie mit einer löblitigen Frechheit, sie hätten das Geld relikos verpraßt. Die angestellten Nachforschungen ergaben auch, daß die beiden „Kriminalbeamten“ nach dem „Dienst“ mit verschiedenen Freunden zusammen in der übelsten Weise gefestmet haben.

Heilbronn, 12. Jan. Ein Schüler-Freitod. In Homburg hat sich ein junger Mann erschossen, der kurz vorher aus Heilbronn zugereist war. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den auswärtigen Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt handelt. Der 18jährige Schüler war seit dem Erscheinungsfest verschwunden.

Heilbronn, 12. Jan. Senkung des Gaspreises um 1 Pfg. Die technische Abteilung des Gemeinderats hat gemäß der 4. Notverordnung beschloßen, den Gaspreis um 1 Pfg. pro Kubikmeter (wie in Stuttgart) zu senken. Der Kubikmeter Hausgas, der bisher 18 Pfg. kostete, wird ab Januar auf 17 Pfg. kosten. Der Kokspreis wurde um 15 Pfg. pro Ztr. bezw. 10 Pfg. gesenkt.

Sport

Der Wollensportfest des Polizeipräsidiums Stuttgart wird am Samstag, 13. Februar 1932 in der Stadthalle durchgeführt werden.

Ellie Weinhorn am Himalaya. Die Fliegerin Ellie Weinhorn startete in Kalkutta nach dem 500 Km. nördlich von Kalkutta am Fuß des Himalaya gelegenen Sikkim.

Schwere Unglücksfälle auf der Kodelbahn. Bei den Deutschen Bierereislerfahrten auf der Jodelfall-Bodbahn bei Schreiberhau am Riesengebirge (Schlesien) kam bei den Vorläufen der Deutschböhmische Schwarzbach mit seinem Bobfahren zu Fall und mußte mit einem schweren Schädelbruch und einer Unterleibsverletzung ins Krankenhaus in Schreiberhau eingeliefert werden.

Mit Bleistift geschriebene Einwendungen erschweren die Arbeit eines jeden, der damit zu tun hat, und sie schädigen nicht minder die Augen! Daher immer nur mit Tinte schreiben und nur einseitig das Papier!

Handel und Verkehr

Senkung der Speditionspreise

Die RBD Stuttgart tritt mit: In Verfolg der Preisentzugsmaßnahmen hat die Reichsbahndirektion Stuttgart bis zur Neuordnung des bahnamtlichen Kollifordienstes die Kollifordienste für die bahnamtliche Ab- und Anfuhr der Stückgüter in Stuttgart-Gannstätt, Stuttgart-Hbf. und Stuttgart-West um durchschnittlich etwa 10 v. H. gesenkt.

Nach dem einheitlichen Gebührentarif (Einheitsgebührentarif), der für das ganze Reichsbahngebiet eingeführt werden wird, werden die Gebühren des bahnamtlichen Kollifordienstes ohne Rücksicht auf die Entfernung lediglich nach Gewicht, sowie nach Stückzahl und Wagenladungen gestaffelt.

bühren für das Verladen und Ausladen, sowie Gebühren für andere Nebenleistungen vor. Die Kollifordienste haben den Gebührentarif bei sich zu führen.

Berliner Dofarkurs, 12. Jan. 14.29 G., 14.33 B. Berliner Dofarkurs, 12. Jan. 4.209 G., 4.217 B. Preisdistinkt 7 v. H. kurz und lang.

Die schwebende Schuld des Reichs betrug am 31. Dez. 1931 1912,6 Millionen Mark. Davon entfielen 1092,1 Millionen Mark auf Zahlungspflichtigkeiten aus der Begebung unversicherter Schatzanweisungen und 400 Millionen Mark auf umlaufende Reichswchsel.

Die Steuererklärungen für 1931. Als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für die 1931 endenden Steuerabläufe wurde die Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bestimmt.

Die Entwicklung der Sozialversicherung 1930/1931. Aus der vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik der ganzen Sozialversicherung 1930 geht hervor, daß 1930 die Beitragseinnahmen 3,8 Milliarden Mark, die Gesamteinnahmen 5,2 Milliarden Mark betragen haben.

Der Reichstrafwagengesetz soll dahin abgeändert werden, daß drei Tarifklassen gebildet werden, die den Gütertariffklassen A-C der Reichsbahn entsprechen.

Das neue Diebstahlschloß, von dem 50 Millionen Stück in den Rängen Berlin (54 v. H.), Stuttgart, München, Hamburg, Karlsruhe und Nürnberg in Sachen hergestellt werden, soll Anfang Februar in den Verkehr kommen.

Reisbegünstigung im deutsch-schweizerischen Handelsverkehr. Am 1. März wird in der Schweiz die schweizerische Regierung dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag genehmigt hat, falls ab 4. Februar neben den übrigen Bestimmungen des Handelsvertrages insbesondere die mit der Schweiz vereinbarten Zollbefreiungen und Zollbindungen fort.

Der schwedische Staatshaushaltsanschlag für 1932/33 gliedert sich durch starke Einschränkung der Staatsausgabenrückzahlung mit 822,62 Mill. Kronen aus gegen 874,25 Mill im Vorjahr. Die Spirit, Bier, Automobils, Benzin, Autoreifen und Tabakwaren, sowie die Zölle auf Luxus- und empfindliche Waren sollen erhöht werden.

Der Zahlungsausschub für Mexicos Außenhandel ist nach einer Vereinbarung mit dem internationalen Bankenausschub in New York bis zum 1. Januar 1934 verlängert worden.

Erhöhung des Kupferpreises. Das internationale Kupferkartell hat den Preis des Nordmetalls von 7,5 auf 7,625 Dollarcent erhöht. Nach den letzten amerikanischen Meldungen hat das Präsidium des Internationalen Kupferkartells beschlossen, im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten eine einheitliche Notierung für Elektrolytkupfer vorzunehmen, so daß in Zukunft die Preisspanne zwischen dem europäischen Verkaufspreis und dem New Yorker Kurs für Elektrolytkupfer fortfällt.

Verlauer Getreidepreise, 12. Jan. Weizen mäß. 22.10-22.60, Roggen 19.80-20, Braugerste 15.00-16.50, Futter- und Industriegetreide 14.90-15.40, Hafer 13.50-14.30, Weizenmehl 27.50-31.25, Roggenmehl 27-29.25, Weizenkleie 6.50-10, Roggenkleie 9.50 bis 9.75.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 12. Jan. Dem heutigen Markt im Schlachthof Fleisch- und Schlachthof wurden zugetrieben: 21 Ochsen, 35 Bullen, 268 Jungbullen, 405 Küder, 279 Kälber, 136

Kälber, 1795 Schweine. Davon blieben unverkauft: 40 Küder. Verkauf des Marktes: Mäßig belebt.

Table with market prices for various goods like Cattle, Pigs, and Sheep. Columns include item names and prices.

Ulmer Schlachthofmarkt, 12. Jan. Zerkleb: 4 Ochsen, 30 Küder, 28 Kälber, 218 Küder, 329 Schweine. Preise: Ochsen a 28-30, Küder a 20-22, b 18-19, Kälber a 16-20, c 12-15, Küder a 28-30, b 24-26, Kälber a 34-36, b 28-30, Schweine a 38-40, b 34-36 Mark. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam geäuert.

Viehpreise. Kälber: Stiere 180-320, Küder 115-270, Kälber 100-315, Kalben und Jungkälber 55-320, Kälber 30-45, - Ravensburg: Anstehender 80-250, trächtige Kälber 200-300, Milchfühe 180-300, Küder 220-360 Mark.

Schweinepreise. Kälber: Milchschweine 11-20, - Riedlingen: Milchschweine 8-15, Mutterchweine 90-130, - Tullingen: Milchschweine 10-16 Mark.

Fruchtpreise. Kälber: Weizen 10.70-12.20, Roggen 10-10.50, Gerste 8.60-9, Hafer 7-8, - Deutlich: Roggen 8, Gerste 11, - Riedlingen: Gerste 7.80-8.30, Hafer 6.60-7.80, - Tullingen: Weizen 13-14, Gerste 8.50-9, Hafer 8.40-9 Mark.

„Keller Markt“ in Ellwangen. Starke Beschädigung, mäßiger Verkauf. Bei trockenem, aber mäßig kaltem Winter vorzeichen der „Keller Markt“ in Ellwangen einen sehr starken Besuch.

Zwangsvollstreckung. Am Samstag fand auf dem Rathaus in Weidenburen die Zwangsvollstreckung des Pfandwertes Weidenburen GmbH statt. Die neueste zemeinderliche Schätzung des Grundstücks und der Gebäude betrug einschließlich Zubehör 38 022 Mark. Das Beste mit 22 500 Mark wurde von der Oberamtsparkasse Tettnang abgegeben.

Das Wetter

Mitteleuropa bleibt im Bereich der verhältnismäßig milden Südströmungen. Für Donnerstag und Freitag ist Fortdauer des meist wolkigen und ziemlich milden Wetters zu erwarten.

Gelbes: Gustav Bräuning, Landwirt u. gew. Gemeinderat, 70 Jahre, Ellwangen i.M., Herrensberg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten, einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Oberringen, den 12. Jan. 1932. Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager Jakob Huiffel am Montag abend im Alter von 39 Jahren nach schwerem Leiden unerwartet rasch entschlafen ist.

Edhausen, den 13. Januar 1932. Danksagung. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Bruders, Schwagers und Onkels Karl Friedr. Hauser Mählemacher in so reichem Maße erfahren durften, besonders für die erhebenden Weisen des Liederkranzes und des Musikvereins, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts sagt Allen herzlichsten Dank.

Das Märchenland Ihres Kindes gewinnt durch den Kontakt lebendige Gestaltung, wenn Sie eine Blaupunkt-Kalenderanlage zu sich ins Haus nehmen. Erwin Monanni, Nagold, Radiofachgesch. v. Vereinth.

Evangelisations-Vorträge in Nagold, Kirchstr. 11. Mittwoch, 13. Jan., abds. 8 Uhr Thema: „Warum ich bete“ Donnerstag, 14. Jan., abds. 8 Uhr Thema: „Warum ich in der Bibel lese“ Freitag, 15. Jan., abds. 8 Uhr, Thema: „Warum ich eine bessere Zukunft erwarte“.

Weltstimmen. Die große Monatsschrift für jeden Bücherfreund. Jedes Heft 90 Pfennige. Probennummern und Abonnements durch die Buchhandlung Zaiser - Nagold.

Die Mietwohnung ab 1. Januar 1932. Führer durch die reichs- und landesrechtl. Bestimmungen mit praktischen Beispielen für Mieter und Hausbesitzer. Preis 20 J. Vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold.

Rohrdorf. Eine starke, 31 Wochen trüchtige Kalbin (gut im Zug) hat zu verkaufen Wilh. Selber, Glözer.

Vertretung in eigenen Schlafzimmern etc. für Südbad. gesucht. Erste Rr. Ang. u. Nr. B. S. 69 a. d. Geschäftsst. d. B.

3-4000 M. auf 1. Hypothek aufzunehmen 68 gesucht bei pünktlicher Zinszahlung. Von wem? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Einem elektr. Brenntapparat (nur ein Mal gebraucht) für 500 Eier mit oder ohne Glucke verkauft oder tauscht gegen Jungvieh. Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Illustrierte Zeitschriften sind in großer Auswahl zu haben in der Buchhandlung ZAISER, Nagold.

Zum Verschicken an Ihre Bekannten u. Verwandten u. als Erinnerung für Sie! empfehlen wir: Die große Brand-Katastroph im Stuttgarter Alten Schloß 32. mit 16 besten Original-Aufnahmen u. genauer Schilderung d. Brandes Preis 40 Pfg. G. W. Zaiser Buchhandlung Nagold.

Bausparvertrag der G. d. F. Ludwigsburg über 10 000 Mk. günstig zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 74. Freundliche sonnige 4 Zimmer-Wohnung m. Zubehör auf 1. April oder später zu vermieten. Angeb. unt. W. Nr. 72 an die Geschäftsst. d. Bl.